



# Beitrittserklärung

**ver.di**

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft**  
Bereich Wirtschaftspolitik, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Fax 030-6956-3070

Ich möchte Mitglied werden ab: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr

### Persönliche Daten:

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

### Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in  Angestellte/r

Beamter/in  DO-Angestellte/r

Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/in-Student/in bis \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ Ort \_\_\_\_\_

Branche ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Tarifvertrag/Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgr. \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelm. monatl. Bruttoverdienst Euro \_\_\_\_\_

### Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren zur Monatsmitte  zum Monatsende

monatl.  halbjähr.  vierteljähr.  jährlich

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren\* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen.

\* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren) \_\_\_\_\_

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_

Monat/Jahr Monat/Jahr

Monatsbeitrag: Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.

### Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Datum Unterschrift \_\_\_\_\_

### Werber/in:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

Inzwischen sogenannte „Solo-Selbstständige“, die keine weiteren Beschäftigten haben. 30 Prozent von ihnen, bei den Frauen sogar über 40 Prozent, haben weniger als 1.100 Euro netto im Monat.

### Lohndumpingpolitik

Die Politik hat durch gesetzliche Neuregelungen die Tore für Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und verschärfte Ausbeutung immer weiter geöffnet. Seit der Einführung von Hartz IV sind Arbeitslose gezwungen, praktisch jeden Job anzunehmen. Und Arbeitgeber nutzen dies gnadenlos aus.

**Viele Beschäftigte müssen zusätzlich Hartz IV beantragen. Die Lohndrückerei der Arbeitgeber kostet den Staat elf Milliarden Euro im Jahr.**



Inzwischen verdienen rund 1,4 Millionen Beschäftigte so wenig, dass sie zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. Darunter jede und jeder zehnte Leiharbeits-Beschäftigte. Diese Aufstockerei kostet den Staat rund elf Milliarden Euro im Jahr. Damit zahlen wir auch noch die Zeche für die Lohndrückerei der Arbeitgeber.

Ab Mai 2011 gilt auch für die neuen Mitgliedsländer die volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Firmen können dann z.B. über Leiharbeits-Firmen aus Polen, Rumänien usw. Beschäftigte bei uns einsetzen. Wenn nicht ein gesetzlicher Mindestlohn es verhindert, droht Lohndumping in neuer Dimension. Auch die Tarifverträge geraten unter verstärkten Druck.

Wir wollen verhindern, dass unsichere und schlecht entlohnte Arbeit zum Normalfall wird. Arbeit muss gerecht bezahlt werden und zum Leben reichen. Ständige Angst den Job zu verlieren, hindert Beschäftigte daran, ihre Rechte einzufordern. Arbeit muss eine Perspektive bieten, vor allem für junge Menschen, damit Lebensplanung möglich ist.

### ver.di fordert:

- ▲ Begrenzung der Leiharbeit und gleicher Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an;
- ▲ für junge Leute genügend Ausbildungsplätze, Übernahme und eine gute Perspektive beim Berufseinstieg;
- ▲ einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro;
- ▲ Befristungen nur wenn ein sachlicher Grund vorliegt;
- ▲ mehr soziale Sicherheit für Selbstständige und Kampf gegen Scheinselbstständigkeit;
- ▲ Vollzeit Arbeitsplätze statt immer mehr Mini- und Midi-Jobs.

Mehr Infos: [www.gerecht-geht-anders.de](http://www.gerecht-geht-anders.de)

### IMPRESSUM:

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Ressort 1, Wirtschaftspolitik  
Paul-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Verantwortlich: Frank Bsirske

Bearbeitung: Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner, Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

W-3014-44, Januar 2011

[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

**ver.di**

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft**

5



## UNSICHER UND ARM TROTZ ARBEIT

Befristet, verliehen, unsicher, wenig Stunden und schlecht entlohnt – das ist heute für viele Beschäftigte Realität. Wirtschaftsminister Brüderle verkündet zwar stolz, dass es so viele Beschäftigte gebe wie nie. Doch reguläre Vollzeitarbeitsplätze ohne Leiharbeit sind selbst im aktuellen Aufschwung weiter zurückgegangen.

**Trotz Aufschwung gibt es für Viele keine gute Arbeit: Befristungen, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und unfreiwillige Teilzeit boomen.**

Für die Menschen ist diese Entwicklung katastrophal. Die Angst, arbeitslos zu werden, ist ständiger Begleiter. Wie sollen junge Leute planen, gar eine Familie gründen? Woher sollen Beschäftigte den Mut nehmen, ihre Rechte einzufordern? Die Unternehmer können sich freuen.

### Leiharbeit boomt

Bis 2004 war Leiharbeit eine Ausnahme. Unternehmer nutzten sie zur Überwindung von Auftragspitzen. Mit den Hartz-Gesetzen hat die damalige rot-grüne Koalition auch die Leiharbeit dereguliert.

Unternehmen gründeten ihre eigenen Leiharbeitsfirmen, um Entlassene für Billiglöhne wieder einzustellen – zum Beispiel Schlecker. Leiharbeitsbeschäftigte wurden als Streikbrecher eingesetzt – vor allem im Handel. In der Druckindustrie wird Stammebelegschaft durch billige Leiharbeit ersetzt – zur Senkung von Lohnkosten und Maximierung von Gewinnen.

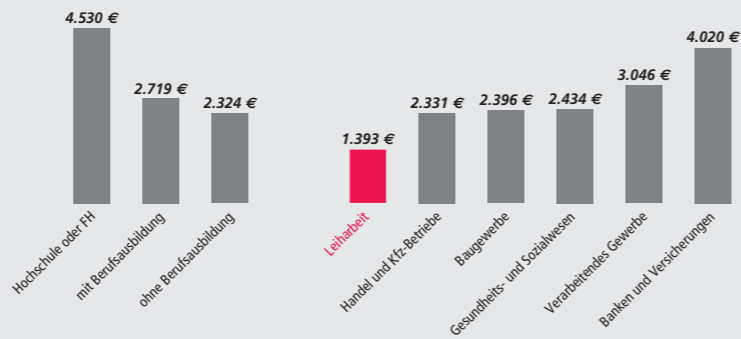
**Leiharbeit wird längst nicht mehr nur für Auftragspitzen eingesetzt, sondern zum Lohndumping benutzt.**

Rund 300.000 waren es vor den Hartz-Gesetzen, danach stieg die Zahl bis über 800.000 an. In der Krise haben Leiharbeit-Beschäftigte zuerst ihre Jobs verloren. Jede und jeder Vierte flog raus. Jetzt boomt die Branche wieder. Zum Jahreswechsel meldete sie das Durchbrechen der Millionengrenze. Vor allem für junge Beschäftigte sieht so der Start ins Berufsleben aus: über die Hälfte ist unter 35.

Druck wirkt: Schlecker hat auf gewerkschaftlichen und öffentlichen Druck nachgegeben. An der Uniklinik in Essen wurde die Leiharbeits-Praxis eingestellt. Ministerin von der Leyen erwägt einen Mindestlohn oder Gleichbehandlung nach einer gewissen Zeit. Hier ist noch mehr Druck nötig. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag!

### Lohndumping durch Leiharbeit

Mittleres Bruttomonatsentgelt nach Qualifikation und Wirtschaftsbereich



Knapp 1.400 Euro brutto ist der mittlere Verdienst von Vollzeitbeschäftigten in der Leiharbeit. Das ist weniger als die Hälfte eines Lohns in der Industrie. Obwohl die meisten eine gute Ausbildung haben, verdienen sie weniger als regulär Beschäftigte ohne Ausbildung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2010



### Nur nicht festlegen

Durch die Probezeit können Beschäftigte und Chefs testen, ob sie miteinander klarkommen. Sechs Monate ist die Regel. Schon seit über 25 Jahren gibt es auch die sachgrundlose Befristung für bis zu zwei Jahre. Die nimmt immer mehr überhand.

Bekommt man heute einen Job, ist etwa jeder zweite nur noch ein befristeter. Das zwingt Menschen zur Anpassung. Gerade junge Menschen: Früher gab es nach der Ausbildung eine befristete Stelle

bis eine feste frei wurde. Heute ist Befristung üblich, auch wenn Stellen im Ausbildungsbetrieb frei wären. Und gleichzeitig jammern Unternehmer über angeblichen Fachkräftemangel.

**Mit Befristung können Arbeitgeber billig Druck ausüben: auf die Beschäftigten, ihre Löhne, ihre Interessenvertretung und ihre Gewerkschaften.**

### Volles Risiko

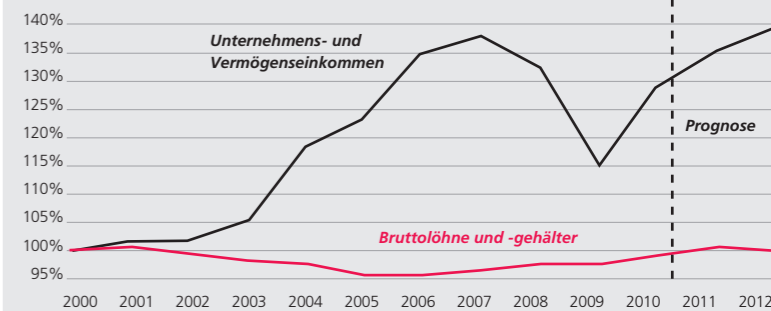
Um eine halbe Million hat die Zahl der Selbstständigen seit 2000 zugenommen – auf über vier Millionen. 60 Prozent von ihnen sind Frauen. Zwar brauchen sie auf keinen Chef zu hören. Aber sie haben auch nicht die Schutzrechte und sozialen Sicherungen abhängig Beschäftigter. Sie müssen sich am Markt behaupten und um Aufträge kämpfen.

„Selbstständig“ betreiben sie zum Beispiel einen Backshop oder haben einen Honorarvertrag in der sozialen Arbeit oder an Hoch- und Volkshochschulen. Denn immer mehr reguläre Arbeitsplätze werden abgebaut und als Honorar- oder Werkverträge vergeben.

Natürlich gibt es Selbständige, die auch im sozialen Bereich oder in Medien und Wissenschaft gut verdienen. Doch die Mehrheit sind

### Löhne stagnieren – Gewinne explodieren

preisbereinigte Entwicklung 2000-2012



Weder der vergangene noch der aktuelle Aufschwung ist bei den Menschen angekommen. Mit Lohndumping haben die Unternehmer durchgesetzt, dass der Zuwachs vollständig in ihre Taschen floss.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, DIW, eigene Berechnungen